

### Sozialdemokratie und Ruhrkrise

Was soll geschehen, um das Deutsche Reich aus der furchtbaren Lage zu befreien, in die es durch die Ruhrbesetzung, die Finanznot und den Mangel an Rohstoffen geraten ist? Diese brennendsten aller Gegenwartsfragen wird auch innerhalb der sozialdemokratischen Partei lebhaft erörtert, und dabei zeigt sich, daß die Meinungen unter den führenden sozialdemokratischen Politikern weit auseinandergehen. Eine Gruppe um Döpi und Rosenfeld, die sich als Opposition gegen den Parteivorstand bezeichnen, ist am Sonntag in Weimar zusammengetreten und hat dort „Richtlinien“ aufgestellt, deren wichtigste folgenden lauten:

Abhaltung direkter Verhandlungen mit Frankreich und Belgien unter Angebot einer bestimmten Reparationssumme für Räumung des Ruhrgebietes, die durch Vermögensabgabe zu erheben ist.

Alle a) zur Balancierung des Staats, zur Stilllegung der Rentenrente und gegen Währungsnotstand, b) zur Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung nötigen Maßnahmen.

Abkündigung jeder Koalition, solange nicht die Partei durch eine klare, selbständige, proletarische Politik sich die Macht übergeben hat, die ihr das Übergewicht in jeder Koalition sichert. Unter voller Wahrung unserer Anschauungen, Ziele und Selbständigkeit möglichstes Zusammenarbeiten mit den Kommunisten zur Erreichung der nächsten proletarischen Ziele.

Energische Ausnutzung aller möglichen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mittel in enger Verbindung mit den Gewerkschaftsorganisationen.

Zwei dieser Forderungen, Abkündigung jeder Koalition und Anwendung aller parlamentarischen und außerparlamentarischen Mittel — also wohl Straßenkundgebungen und Generalstreik — vertritt auch Crispian im „Vorwärts“ vom Donnerstag abend. Dagegen lehnt dieser ehemals unabhängige Sozialist ein Zusammengehen mit den Kommunisten entschieden ab. Er erwartet die Aufrichtung einer deutschen Scheidelinie von den Kommunisten gerade von einer „selbständigen sozialistischen Politik“, als deren Mittel er die Auflösung des Reichstages und Neuwahlen empfiehlt. Er schreibt hierüber:

Wir müssen die Kühnheit wagen, selbst eine rein sozialistische Regierung zu bilden und den Reichstag mit seiner bürgerlichen Mehrheit heimzuführen. Bei einem Wahlkampf für ein Programm im Interesse der ungeschunden Mehrheit des deutschen Volkes haben wir nichts zu verlieren, aber viel, vielleicht sogar alles, zu gewinnen.

Eine klare, feste sozialistische Politik für die Arbeiter, Angehörigen, Beamten, kleinen Gewerbetreibenden, Rentner aller Art, kurz für alle durch den Kapitalismus proletarisierten Schichten, würde uns diese Millionenmassen zuführen. So bereiten wir die Auflösung des Reichstages und den Wahlkampf vor, um im Kampf die große Koalition der Arbeiter im weitesten Sinne des Wortes zu erringen. Denn hier bei den Arbeitern liegt die wirkliche Macht, sobald sie zusammengeführt sind und sobald sie wissen, was sie wollen.

Eine solche selbständige sozialistische Politik wird auch Spielend die Parolekulturrei der Kommunisten überwinden. . . . Allein die Kühnheit entschlossene Tat gewinnt uns alle, die wir brauchen, um stark und unbesiegt zu sein.“

Auf der anderen Seite steht der befahrene Friedrich Stampfer, der am Mittwoch abend im „Vorwärts“ die Frage behandelte, ob wir mit Frankreich verhandeln sollen. Er weist darauf hin, daß Frankreich als Vorbedingung für Verhandlungen die Aufgabe des passiven Wider-

standes und damit die Kapitulation fordert. Vor der Kapitulation aber warnt er eindringlich:

Die Kapitulation bringt kein Brot! Die Kapitulation bringt nicht die Räumung des Ruhrgebietes, sondern die dauernde Besetzung. Die Kapitulation bedeutet, daß der Anspruch Frankreichs, das Gebiet nur nach Maßgabe der deutschen Zahlungen zu räumen, zu einem vertragsmäßigen Recht erhoben wird.

Und wenn wir der französischen Regierung das Recht zugehen lassen, die Besetzung des Ruhrgebietes nach Belieben zu drangsalieren und auszuweiten, wenn wir uns für die Dauer damit einverstanden erklären, daß die deutsche Wirtschaft aus dem Ruhrgebiet so viel oder so wenig Kohlen erhält, wie die französische Regierung ihr jeweilig, je nach ihrem Verhalten, zuerkennt, so wäre ein rascher Abschluß der Reparationsverhandlungen und damit die Schaffung eines dauernd beruhigten Zustandes erst recht noch nicht zu erwarten.

Frankreich kann mit Deutschland über die Summe der deutschen Reparationen und über die Zahlungsmodalitäten verhandeln. Aber diese Verhandlungen können nicht zum Abschluß kommen, ohne die Zustimmung der übrigen Reparationsgläubiger, also vor allem Englands.

Das heißt: nach der Kapitulation beginnt das Spiel von vorne.

Aber, es beginnt jetzt unter verschlechterten Bedingungen. Der passive Widerstand ist aufgegeben. Deutschland hat Frankreich das Recht eingeräumt, im Ruhrgebiet zu bleiben, solange es ihm beliebt. Frankreich kann England, wenn es ihm dieses Recht freizugeben will, vorhalten, daß es darüber mit Deutschland schon längst ins Reine gekommen ist. . . .

Frankreich verhandelt nicht mit Deutschland, sondern mit England. Deutschland hat kapituliert und steht zur Verfügung des Siegers. Frankreich braucht sich jetzt mit den Verhandlungen noch weniger als vorher zu beschäftigen. Es hat ein vertragsmäßiges Pfandrecht auf das Ruhrgebiet erworben. Deutschland kann ihm jetzt auch weitere Monatszahlungen auf die noch endgültig festzusetzende Reparationssumme nicht vorenthalten. Frankreich kann warten, es hat gegen England alle Zeiträume in der Hand.“

Auf dem Standpunkt, daß an Kapitulation nicht gedacht werden darf, steht auch der „Vorwärts“ fest, aber er betont zugleich — und scheint damit die Auffassung der sozialdemokratischen Parteivorstände und der Mehrheit der Reichstagsfraktion zu vertreten — daß sich Deutschland bereit erklären soll, mit jedem Reparationsgläubiger zu verhandeln, der mit Deutschland verhandeln will. Die positive Außenpolitik der Sozialdemokratie umschreibt der „Vorwärts“ am Mittwoch morgen folgendermaßen:

Nach dem Aufruf hat die Sozialdemokratie einen passiven Widerstand gegen die französische Gewaltpolitik organisiert, an dem sich die deutsche Willkürmacht der Welt so gut wie vergeblich die Zähne ausgebeißt hat. Sie hat die nationalpolitische Selbstständigkeit energisch bekräftigt und zu fairen Reparationsangeboten gedrängt. Auf ihre Initiative ist vor allem das deutsche Memorandum vom 7. Juni zurückzuführen, das England zu einer entscheidenden Abgabe an die französische Ruhrpolitik veranlaßt hat.

Jetzt fordert die Sozialdemokratie, daß in entgegenkommender Weise mit jedem Reparationsgläubiger verhandelt wird, der mit Deutschland verhandeln will, daß aber die Freiheit der Arbeit und das demokratische Recht auf dem Boden der Deutschen Republik wiederhergestellt werde. Um den Anspruch des deutschen Volkes auf Gleichberechtigung zu unterstreichen und Wege der freibleibigen Verständigung zu öffnen, fordert sie den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.“

Die Anhänger dieses gemäßigten Programms scheinen augenblicklich innerhalb der sozialdemokratischen Partei die Oberhand zu haben. Aber es ist nicht zu verkennen, daß die Vertreter weitergehender Forderungen sehr rüchtig sind,

und schon die Tatsache, daß Crispian mit seinem Vorschlag, den Reichstag aufzulösen und zu außerparlamentarischen Mitteln zu greifen, in einem Vorkomitee des „Vorwärts“ zu Worte kommt, spricht dafür, daß es in der Partei heftig gärt. Man muß sich deshalb auf Überraschungen gefaßt machen. Der Radikalismus der Sozialdemokratie vorzubeugen, gibt es kein besseres Mittel, als daß der Reichstag, der am 8. August zusammentritt, die ihm von der Regierung vorgelegten Maßnahmen zur Befreiung der Reichsfinanzen und zur Steuerung der Not so schnell als möglich annimmt.

### Geldnot, Franzosennot!

Gelsenkirchen, 3. August. Bei der heute morgen erfolgten Auszahlung der Löhne auf der Zeche Rhein-Erbe konnte infolge Mangels an Bargeld nur ungefähr die Hälfte des Lohnes ausgezahlt werden. Obwohl die Direktoren versicherte, daß Bemühungen im Gange seien, das Geld mit einer geringen Verzögerung auszugeben, trat die Unter- und Lebertagelöhner gegen 11 Uhr in den Ausstand. Oberflächere Arbeiter und vier Mitglieder des Betriebsrates begaben sich zur Reichsbank, um das inzwischen dort eingetroffene Geld abzuholen. Auf dem Wege von der Reichsbank zur Zeche Rhein-Erbe wurden der Geldtransport in Höhe von zwei Millionen Mark von den Franzosen weggenommen und die fünf Begleiter verhaftet. Während die Betriebsratsmitglieder nach kurzer Zeit freigelassen wurden, wurde der Oberflächere Arbeiter erst nach einigen Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt. Die gesamte Belegschaft der Zeche Rhein-Erbe tritt von heute mittag 1 Uhr bis morgen 1 Uhr in einen 24-stündigen Proteststreik.

### Millerand, Herr über Leben und Tod

Paris, 3. August. Der Präsident der Republik, Millerand, hat gestern den Rechtsanwalt Dr. Puennel aus Trier, einen der Verteidiger der am 28. Juni vom französischen Kriegsgericht in Mainz wegen Sabotage zum Tode verurteilten sieben Deutschen empfangen. Dr. Puennel erläuterte dem Präsidenten in seiner Eigenschaft als Rechtsvertreter der Angeklagten die von diesen und ihren Verteidigern eingereichten Obavensuchen.

### Beunruhigung der Bergarbeiter

Gelsen, 3. August. (Sig. Tel.) Auf einer großen Anzahl von Zechen im Essener und Gelsenkirchener Bezirk kam es gestern zu Streiks, da infolge der Geldknappheit die Bergleute nur einen geringen Teil des ihnen zuzurechnenden Lohnes ausbezahlt erhalten konnten. Die Erregung unter den Bergleuten ist um so größer, als es ihnen bei den geringen Geldmitteln nicht möglich ist, sich die notwendigen Waren für den Tagesbedarf zu kaufen und die Preise immer stärker anzulehen. Wider Erwarten wurde bei den Versammlungen aber beschlossen, die Arbeit vorläufig wieder aufzunehmen. Es wurde jedoch die Bedingung gestellt, daß spätestens in 2 Tagen der restliche Lohn ausbezahlt ist.

### Die Banque de Chine

Paris, 2. August. Nach einer öffentlichen Verhandlung wurde heute das Urteil gegen den Direktor und den Verwaltungsrat der Banque Industrielle de Chine gefällt. Der ehemalige Direktor der Bank, Herr Berthe, wurde zu sechs Monaten Gefängnis und 3000 Franken Geldstrafe, Senator Berthelot zu 3000 Franken Geldstrafe und die übrigen für schuldig befundenen Verwaltungsräte zu je 300 Franken Geldstrafe verurteilt. Die Anklage war erhoben wegen Ausgabe unregelmäßiger Aktien und fiktiver Dividendenverteilung.

Nach der „Times“ wird aus Chardin gemeldet, daß Li-Yuan-Hung, der geflüchtete Präsident von China, dort einen Selbstmordversuch begangen habe, indem er sich zu erschießen suchte. Sein Zustand soll sehr bedenklich sein.

### Auf dem Weg zur Goldmark

Berlin, 3. August. (Sig. Tel.) Gestern fand im Reichsfinanzministerium eine Besprechung mit Sachverständigen aus Kreisen der Wissenschaft, der Praxis und des Parlaments über die Frage der Einführung und Erhebung der Vermögenssteuer auf Grund einer Festmark und im Zusammenhang damit über die Frage der Einführung der Goldmarkrechnung statt. Die Möglichkeiten, die Voraussetzungen und die Wirkung der Einführung der Goldmarkrechnung auf dem Gebiete der Steuern wurden eingehend erörtert. Bei der Besprechung, bei der das Für und Wider sorgfältig erörtert wurde, wurde schließlich von den Sachverständigen es als notwendig bezeichnet, zunächst durch Gutachten von Wissenschaftlern und Praktikern prüfen zu lassen, ob und in welcher Weise etwa eine Goldmarkrechnung und Goldmarkbilanz von den Steuerpflichtigen durchgeführt werden könnte. Der Reichsminister der Finanzen erklärte sich bereit, dieses Gutachten sofort einzuholen und bezieht sich vor, nach Eingang dieses Gutachtens, spätestens aber in 2 Wochen, die Besprechungen weiter fortzusetzen.

### Neuer Präsident der Landesversicherungs-Anstalt

Dresden, 3. August. (Sig. Tel.) Am Mittwoch, den 1. August, fand im Großen Sitzungssaal der Landesversicherungsanstalt Sachsen durch den Reichsminister Graf v. Helldorf die Einweihung des neuernannten Präsidenten der Landesversicherungsanstalt, Tempel, des Nachfolgers des in den Ruhestand getretenen Präsidenten Schäfers, statt. Der Minister wies in seiner Ansprache an die versammelte Beamtenchaft darauf hin, daß Präsident Tempel geliebt habe, sein Amt nach bestem Wissen und Gewissen zu verwalten. Dazu bedürfte er der treuen Mitarbeit aller Beamten, deren Tätigkeit sich zwar abseits vom Brennpunkt des politischen und wirtschaftlichen Lebens abspiele, die aber darum nicht minder wichtig und zur Wahrung eines Teiles der sozialen Werte unserer Zeit unbedingt notwendig sei.

Der Präsident Tempel begrüßte darauf die Beamtenchaft und versprach, ein treuer Mitarbeiter am Werke der Fürsorge für die leidenden Volksgenossen zu sein. Dazu bitte er die dem Vertrauen aller Beamten und Angehörigen. Er werde jederzeit für seine Beamten eintreten und bemüht sein, in ein Verhältnis zu ihnen zu treten, das auf Vertrauen und Gerechtigkeit gegründet sei.

Der stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes, Oberheimer Regierungsrat Freiherr von Bernerwitz, dankte dem neuen Vorsitzenden im Namen der beamteten Vorstandsmitglieder, wobei er dem Wunsch Ausdruck gab, daß das Verhältnis des Vorstandes zu den Vorständen so gut werden möge, wie es unter dem ausgeschiedenen Präsidenten Schäfers gewesen sei. Schließlich erbat noch der Verwaltungsdirektor Schiller als Vorsitzender des Beamtenausschusses im Namen der Beamtenchaft dem Präsidenten einen Gruß und versprach ihm die Unterstützung der Beamten, welche nur Vertrauen und Gerechtigkeit als Gegenleistung forderten. Nach Vorstellung der juristischen Beamten, Kräfte und Abteilungsleiter beauftragte der Minister die Anstalt.

### Die Mörder des Staatsanwalts Haas

Frankfurt a. M., 3. August. (Sig. Tel.) Bei der Kriminalpolizei ist ein anonymes Brief im Zusammenhang mit der Ermordung des Staatsanwalts Haas eingegangen, in dem angegeben wird, daß bei den Demonstrationen auf dem Römerberg ein einfacher junger Mann von ungefähr 25 Jahren als Mörder aufgetreten sei. Er soll sich dabei so aufgezeigt haben, daß ihm der Schein vor dem Rande stand. Dabei soll er geäußert haben, daß er wegen dieses Mordes 18 Monate abgemacht habe und daß er sich heute dafür rächen wolle. Er habe ein langes Messer und dieses wolle er dem Schutz in den Hals stoßen. Zum Schluß soll er die jungen Leute aufgefordert haben, mit ihm nach dem Westen zu ziehen.

### Der Flügel

Von Liesbet Dill

In einem sonnigen Morgen, es war gerade Markt, auf dem alten Marktplatz waren die Obstbuden aufgeschlagen und zwischen Blumenlohl und Salat blühten Geranien, Fuchsin und weiße Winden, betrat ein Bauer das Pianofortgeschäft an der Ecke, in dem eben die Rolläden aufgezogen wurden; er schien es sehr eilig zu haben, denn als der Verkäufer nicht gleich nahte, klopfte er ungeduldig mit dem Fingerringel auf die Theke. Se da, junger Herr, was kostet denn ein Klavier? Er sah wie aus einem der schwarzen Instrumente, die an den Wänden standen, groß und glänzend poliert und stumm, wie Flügel, wenn sie nicht gespielt werden.

Der Verkäufer, ein schmachtiger blonder Herr, näherte sich. Klaviere sind leider ausverkauft.

So? Wohin denn?

Wir haben keine mehr.

Ja, aber Sie hab'n doch'n Klaviergeschäft, denk ich.

Gewiß, aber Klaviere sind eben gefaschte Artikel, und kaum sieht eins da, so ist es schon fort.

Na, dann machen Sie doch neue.

Ja, das geht nicht so rasch, mein Herr, dazu braucht man mindestens vier Monate.

Ne, so lange kann ich nicht wart'n. Meine Tochter hat nämlich Montag Hochzeit und da soll ich ihr so'n Klavier besorgen.

Sie können aber einen Flügel haben, wenn Sie möchten, mein Herr.

Einen Flügel? Kann man auf dem auch einen Fortschritt spielen?

Gewiß, wozum nicht? Der Verkäufer schlug den Deckel eines großen Flügel zu, dieses ist 3. B. ein erstklassiger Kontrabaßflügel.

Ich ne, der is mir zu groß. Der geht nicht zu unserm Döcker heren, ich wohn' nämlich auf'n Lande, da hat man schon Rot, ein Düffel zur Döcker reinzubringen, ich hab' mir grad eins gekauft, draus auf meinem Bogen steht's, da seh'n Sie.

Vor dem Hause hielt eine breite Fuhrer mit zwei schweren belgischen Kutschknechten bespannt, auf der ein umwickeltes Müßli stand.

„Nehmen Sie, daß da noch so'n Müßli draufkommt?“

Warum nicht, ein kleiner viellecht, dort der Mignonflügel wäre geeignet.

Na ja, dann nehm ich den.

Ich mache Sie aber darauf aufmerksam, daß der Mignonflügel . . . Millionen kostet und der bezahlt werden muß.

Na ja, ich geh' Ihnen nicht damit durch. Und der Bauer kamt aus seinen Schaffstiefeln einen ledernen Beutel hervor und bargab.

Die Scheine sind echt, Monsieur.

Und dann wäre es doch besser, Sie probierten das Instrument erst einmal, ob es Ihnen gefällt.

Ah, das is nich nötig, ich habe alle, wir dreschen morgen.

Ja, aber es ist ja noch nicht gestimmt, mein Herr. Wir lassen grundsätzlich kein Instrument aus dem Hause, das nicht tadellos gestimmt ist.

Na, dann stimmen Sie doch, los.

Ich bin kein Klavierstimmer, sagte der blonde Herr gemessen, aber ich kann unseren Stimmer rufen lassen, es dauert aber mindestens zwei Stunden.

Ne, das geht nicht, auf'n Markt wartet meine Frau, packen Sie den Flügel nur auf den Wagen, es kann ja einer rauskommen, der ihn bei mir stimmt.

Wenn Sie das wünschen. . . Und Ihre Adresse?

Der Bauer buchstabiert den Namen seines Dorfes, es ist wegen seines Weizenbodens und seines schönen Obstes berühmt. Das Haus soll Ihnen jeder am Bahnhof. Also bis morgen, und er läßt den Hut.

Die Fuhrer kommen, der Flügel wird aufgeladen, der Wagen fährt unter seiner neuen Last, der Bauer nimmt auf dem Brett vorne Platz, knallt mit der Peitsche, die Gänge gehen an und es geht fort.

Am nächsten Morgen fährt der Stimmer, ein alter Herrchen mit weißem langen Haar und grauem Rockmantel, nach dem Dorf heraus. Auf dem Bahnhof zeigt man ihm das Haus, ein einfaches weißgeländertes Bauernhaus mit gelbem Boden. Der Hof von weißgeländerten Mauern umgeben. Im Hof ein paar Enten, die durch gelbe Lämpel waten. Niemand zeigt sich, niemand kommt. Aus einer Scheune flingt das Klapp-Klapp der Dreifüßler. Er geht darauf zu. Der Stimmer in Hemdsärmeln drescht dort laubumwirbelt, und er erkent den Bauer, der mitbringt.

„Ah, da ist ja der Klavierstimmer, besch'igt er ihn.

Und wo haben Sie den Flügel? fragt der Stimmer.

Na, da oben, und der Bauer weist auf einen Bergschlag in der Ecke, wo in einer grauen Staubwolke der Flügel steht.

In unsem Haus wird nämlich gesucht, da haben wir ihn schon hierher gefascht. Wenn Sie's nicht geniert, können Sie ihn gleich stimmen.

Ja, aber das . . .

Ober, wenn Sie lieber erst fröhlichen wollen, gehn Sie nur in die Küche, da is meine Frau, und unter Mittag, wenn wir ausdrehn mit Dreschen, dann können Sie stimmen, wir machen zwei Stunden Pause, die Frauen nämlich sind jetzt die Hauptsache, verstehen Sie. Pahaha, jetzt steigt man ja für die Frauen bezahlt. . . er klopf dem magren Alten auf die Schulter. Na also, fröhlichen Sie erst einen Happen, und wenn wir fertig sind, können Sie stimmen.

Und so gefascht. Der Flügel wurde in der Scheune gestimmt, und als er fertig war, kamen die Drescher mit den Dreifüßeln und dreschen. Der Bauerherr begleitete den Alten ans Dorf. Also, nächsten Montag ist Hochzeit, und wenn Sie kommen wollen, sind Sie eingeladen. . . und sagen Sie mal, spielen Sie Klavier?

Na, ich hab' ja eben zwei Stunden lang gespielt.

Ne, ich meine, ob Sie einen Fortschritt spielen können. Na ja. Und das schöne Lied, „me Flache Rotpou, eine Flache Selt. . . das ist nämlich mein Lieblingslied, das spielen Sie auch. Also schön, kommen Sie am Montag, es soll Sie nicht geruen. . . Auf Wiedersehen, Herr Klavierstimmer. . .

Wissenschaftliche Friedenspolitik. Das Institut für auswärtige Politik, das vor kurzem in Hamburg gegründet und der Leitung des bekannten Völkerrechtslehrers Prof. Dr. A. Wendelschaub-Wariboldy unterstellt wurde, hat seinen Aufbau soweit vollendet, daß die Aufnahme einer geregelten Tätigkeit erfolgt ist. Während in anderen europäischen Staaten und in Amerika ähnliche Institute seit längerer Zeit bestehen, hat es bei uns erst jähher Arbeit bedurft, um gesellschaftliches Interesse auf die Fragen der Außenpolitik als die der Regelung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu lenken. Die Aufgaben des neuen Instituts gehen nach drei Rich-

tungen. Neben der wissenschaftlichen Erfassung der diplomatischen Methoden der jüngsten Zeit und einer kritischen Nachprüfung ihrer Auswirkung müssen die gegenwärtig in der Außenpolitik der großen Völker wirkenden Kräfte genau beobachtet werden. Auf Grund der gesammelten Erfahrungen gilt es dann, Richtlinien für eine stetige, wirksame, dem Frieden dienende und ihn sichernde Außenpolitik der Zukunft aufzustellen. Die Bedeutung des Instituts liegt besonders darin, daß es beschäftigt, der öffentlichen Meinung eine solche Kenntnis der außenpolitischen Fragen zu vermitteln, wie sie im Volkston zur Lösung eigener Entscheidungen und zur Stärkung (oder Desavouierung, je nach dem) der Regierung vor dem Auslande bedarf.“

Das tägliche Feschen. Die Moskauer „Pravda“ veröffentlicht eine aus Parteitreffen kommende Anordnung, wodurch dem langsamen Tempo, in dem die Schulen Russlands mit den neuen kommunistischen Lehrbüchern versorgt würden, ausschließlich begegnet werden solle. So handelt sich um den Vorkurs, die Sowjet-Tagespresse für die Schulpflicht auszusprechen; diesem Zweck sollen insbesondere die Kleineren, für die Provinz und die bäuerliche Bevölkerung bestimmten Preßorganen die Besondere während des Unterrichts dienen, um die heranwachsende Jugend in die brennenden Fragen des Tages und des Wirtschaftslebens einzuführen. — Da es auch in Deutschland immer noch sehr an republikanischen oder wenigstens nicht ausgeprochen monarchistischen Gesinnungen fehlt, so könnte uns diese bolschewistische Erfindung mindestens zum Nachdenken anregen.

Wiederanstoff des Gesamtplans. Das in der Silberfaser niedergebrannte Goetheanum in Dornach bei Basel soll nach einem Generalversammlungsbeschlusse der Internationalen Anthroposophischen Gesellschaft wieder aufgebaut werden. Die gesamte Leitung liegt in den Händen von Dr. Rudolf Steiner.

Die Buchbesprechungsliste, die erst am 2. August vom Buchsenator auf 41.000 festgesetzt war, mußte bereits mit Wirkung vom 4. August ab wieder, und zwar auf 70.000 erhöht werden.